

Für ein solidarisches Leipzig

Programm der Partei DIE LINKE. Leipzig
zur Kommunalwahl am 7. Juni 2009

www.dielinke-leipzig.de

DIE LINKE.

1. Für würdige Arbeit und bürgernahe kommunale Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderung.....	4
1.1. Die Stärke der Wirtschaft liegt in der Region	4
1.2. Stabile kommunale Unternehmen.....	6
1.3. Stärkung kommunaler Investitionen statt PPP (Private Public Partnership) .	7
1.4. Existenz sichernde Beschäftigung.....	8
1.5. Nur Ausbildung schafft den Zugang zu qualifizierter Arbeit	9
2. Für soziale Gerechtigkeit und ein selbstbestimmtes Leben	10
2.1. Für aktive Armutsbekämpfung	10
2.2. Kinder sind unsere Zukunft.....	11
2.3. Würdevolles Leben im Alter	14
2.4. Chancengleichheit der Geschlechter	15
2.5. Barrierefrei denken und handeln.....	16
2.6. Integrativ und tolerant	16
2.7. Gesundheitliche Versorgung nach Bedarf	17
3. Leben in einer familienfreundlichen, grünen und gesunden Stadt	18
3.1. Stadt heißt Vielfalt.....	18
3.2. Wohnen muss bezahlbar bleiben	19
3.3. Eine grüne Stadt ist lebenswert	20
3.4. Stadt heißt Bewegung – zu Fuß, mit Fahrrad und öffentlichen Verkehrsmitteln	22
4. Leipzig – eine einladende Stadt für ihre Bürgerschaft.....	22
4.1. Bürgerschaftliches Engagement	23
4.2. Engagiert gegen Neofaschismus und Diskriminierung	24
4.3. Leipzig baut auf Kultur.....	25
4.4. Hochschulstandort von Format.....	26
4.5. Sportliches Leipzig	27
4.6. Sicherheit durch Prävention.....	29

Liebe Leipzigerinnen und Leipziger,

am 7. Juni finden die nächsten Wahlen zum Leipziger Stadtrat und zu den Ortschaftsräten statt. Das ist für uns Anlass, eine Standortbestimmung vorzunehmen und die Vorhaben für das nächste Jahrfünft abzustecken.

Der politische Umbruch des Herbstes 1989 liegt nunmehr zwei Jahrzehnte zurück. Vieles hat sich seither in unserer Stadt und im Leben ihrer Einwohnerinnen und Einwohner verändert – manches zum Guten, doch lange nicht alles. Wer wäre nicht angetan von sanierten Häusern und Straßenzügen oder von einer attraktiven und lebendigen Innenstadt? Wer möchte heute noch die Neue Messe, die ARENA am Waldplatz, das umgebaute und modernisierte Zentralstadion oder den familienfreundlichen Zoo missen? Zahlreiche medizinische und soziale Einrichtungen sind inzwischen saniert oder neu entstanden. Leipzig verzeichnet ganz im Unterschied zu anderen sächsischen Regionen seit einigen Jahren ein leichtes Bevölkerungswachstum, ist wieder zur stabilen Halbmillionenstadt geworden. Die LINKE hat diese Entwicklung als kommunalpolitische Magistrale von Anfang an konstruktiv und kritisch mit gestaltet.

Daraus erwächst aber zugleich die Verantwortung zu einer differenzierten und realistischen Sicht. So ist der unbedingt erforderliche selbst tragende wirtschaftliche Aufschwung bisher in Leipzig ausgeblieben. Die radikale und vermeidbare Zerschlagung traditionsreicher industrieller Kerne hat bleibende Wunden hinterlassen, zu Massenarbeitslosigkeit und Verarmung eines Viertels der Leipziger Bevölkerung geführt. Die Schere zwischen Arm und Reich, das spiegelt sich inzwischen für alle sichtbar auch in den Ortsteilen wider, hat sich weiter geöffnet. Die Einführung von Hartz IV im Januar 2005 hat diesen konfliktreichen sozialen Ausdifferenzierungsprozess nicht gelindert, sondern wesentlich beschleunigt.

Leipzig steht heute erneut an einem Scheideweg. Diese Einsicht hat sich allerdings noch nicht überall durchgesetzt. Von führenden Vertretern anderer Parteien wird eine Entwicklung beschworen, die Leipzig allein wegen seiner reichen historischen und kulturellen Traditionen im Spitzenfeld europäischer Metropolen verortet und bereits auf gutem Wege dahin wähnt. Ein solches Herangehen verschleiern die Realität und weckt Erwartungen, die nicht einzulösen sind. Unsere Stadt kommt nicht umhin, sich einem längeren Konsolidierungsprozess zu stellen. Wir brauchen kein Wunsch-, sondern ein realistisches Leitbild für Leipzig, mit dem sich möglichst viele Bürgerinnen

und Bürger identifizieren können. Die Zeit der Großprojekte, Großansiedlungen und rauschenden Feste, die mit für die außerordentlich angespannte Haushaltslage und die hohe Verschuldung verantwortlich sind, ist vorbei. Das in den letzten 20 Jahren neu Entstandene ist letztlich nur dann von dauerhaftem Wert, wenn es zum Ausgangspunkt einer soliden wirtschaftlichen und sozialen Aufwärtsentwicklung mit günstigen Perspektiven für alle Bürgerinnen und Bürger wird. Dabei verlangt die anhaltende Weltfinanz- und Wirtschaftskrise, die mit erheblichen Auswirkungen auf die kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten verbunden ist, dass sich unsere Stadt mehr denn je auf ihre eigenen Kräfte besinnt. Die Bürgerinnen und Bürger auf diesem steinigem, aber letztlich Erfolg versprechenden Weg mit zu nehmen, anstatt ihnen unhaltbare Versprechungen zu machen, bleibt Grundanliegen der LINKEN.

Bei alledem ist Leipzig nicht arm. Unsere Stadt ist vielmehr reich an tatkräftigen und kreativen Menschen. Dieses Potenzial liegt jedoch vielfach brach; es muss künftig viel stärker in die Lösung der vor uns stehenden anspruchsvollen Aufgaben einbezogen werden. Das ist der eigentliche Quell für Optimismus, um den wahrlich nicht geringer werdenden Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden.

Deshalb setzt DIE LINKE ihren bewährten und bei vielen Leipzigerinnen und Leipzigern anerkannten kommunalpolitischen Kurs als alternative Gestaltungspartei auch und gerade unter schwieriger werdenden Rahmenbedingungen fort. Unsere linke Handschrift bedeutet daher Realitätssinn, Zuverlässigkeit und Ausweitung politischer Gestaltungsmöglichkeiten, aber auch konstruktive Kooperationsbereitschaft, um außerparlamentarische und parlamentarische Mehrheiten für notwendige Veränderungen zu gewinnen. Als eine der großen Parteien in Leipzig, die inzwischen auch Positionen in der Verwaltungsspitze einnimmt, stellen wir uns bewusst der Gesamtverantwortung für unsere Stadt. Mit dem nachstehenden Wahlprogramm wenden wir uns deshalb an alle Leipzigerinnen und Leipziger, setzen uns im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung unserer Stadt jedoch auch künftig vor allem für die berechtigten Belange sozial Benachteiligter ein, denen wir Gehör und Einfluss verschaffen.

1. Für würdige Arbeit und bürgernahe kommunale Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderung

Die Wirtschaftskraft einer Halbmillionenstadt Leipzig, einschließlich ihres Umlandes, muss jederzeit die kommunale Handlungsfähigkeit und damit die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger absichern. Davon hängen sowohl die Finanzausstattung der Kommune als auch die Beschäftigungschancen und die Einkommenssituation aller ihrer Einwohner als auch die Wettbewerbsfähigkeit im überregionalen Vergleich ab.

1.1. Die Stärke der Wirtschaft liegt in der Region

Die bittere Deindustrialisierung Anfang der Neunzigerjahre sowie die überzogene Orientierung der damaligen Verwaltungsspitze auf die Entwicklung eines Banken-, Dienstleistungs- und Medienstandortes haben in Leipzig hartnäckig wirkende strukturelle Defizite hinterlassen. Der unvermeidliche Strukturwandel in den Industriebranchen begann verspätet und litt unter einer einseitigen Fixierung der Landesmittel für Wirtschaftsförderung auf Dresden bzw. teilweise auf Chemnitz. Trotz der zu begrüßenden Großinvestitionen der vergangenen Jahre hat die Wirtschaftskraft in Leipzig noch nicht jenes Niveau erreicht, das den kommunalpolitischen Erfordernissen und den Bürgerinteressen einer Halbmillionenstadt Rechnung trägt. Keine der öffentlich massiv geförderten Ansiedlungen vermag bislang, nennenswerte lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe anzustoßen oder Unternehmenszentralen nach sich zu ziehen. Montagewerke oder Logistikzentralen folgen dem Schema: Zulieferungen von außen, qualifizierte, gleichwohl billige Arbeitskräfte vor Ort, Endprodukte für entfernte Märkte. Die lokalen Wirkungen bleiben unbefriedigend. Zudem repräsentieren die Neuansiedlungen überwiegend extrem konjunkturanfällige Wirtschaftszweige, die zum Schaden der dort Beschäftigten von Finanz- und Wirtschaftskrisen besonders schnell und hart getroffen werden.

Viele Unternehmen nutzen die vorgefundene wirtschaftliche Zwangslage in Form von extrem ungerecht bezahlten Arbeitskräften schamlos aus und tragen somit nicht zum wirtschaftlichen Aufholprozess bei. Eine solche Ansiedlungspolitik verstärkt die Diskrepanz zwischen Arm und Reich und erschwert die nachhaltige Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe. In großer Zahl fehlen Arbeitsplätze mit anspruchsvollen Profilen und angemessener Entlohnung. Noch immer liegt das Beschäftigungsdefizit weit über

dem Bundes- und sogar über dem Landesdurchschnitt. Allmähliche arbeitsmarktpolitische Fortschritte der jüngsten Zeit wurden im Grunde teuer durch ein überdurchschnittliches Wachstum im Niedriglohnbereich erkaufte. Immer mehr Menschen in Leipzig sind von sozialen Transferleistungen abhängig. In einer solchen Situation befand sich Leipzig nie zuvor. Entgegen der suggestiv beschworenen Aufbruchstimmung stagniert das durchschnittliche Haushaltseinkommen seit Jahren oder sinkt sogar. Das Blinkfeuer der wirtschaftlichen Leuchttürme reicht nicht weit. Dieser Befund ist eine schwere Hypothek für mittelständische, normalerweise in funktionierende arbeitsteilige Prozesse eingebundene Unternehmen, die wenig Ausweichmöglichkeiten haben, sowie für die Gewerbetreibenden, den Handel und den Dienstleistungssektor. Wir brauchen eine Wirtschaftsentwicklung, die wieder Wurzeln schlägt – spürbar für alle.

Deshalb setzen wir uns ein für

- den Erhalt und die Stärkung der im harten Wettbewerb stehenden regionalen Wirtschaftsstrukturen, vor allem im mittelständischen Bereich und bei den Gewerbetreibenden,
- eine industrielle Ansiedlungspolitik, die sich an regional arbeitsteiligen, umweltschonenden und zukunftsfähigen Technologien orientiert,
- die Vernetzung des Leipziger Wissenschaftspotenzials mit den ansässigen Unternehmen oder ihren Verbänden sowie dessen beidseitig nutzbringenden Ausbau bei Neuansiedlungen,
- die Erarbeitung und Umsetzung eines Konzepts zur Mittelstandsförderung im ständigen Dialog mit den Adressaten,
- transparente Ausschreibungs- und Vergabepolitik im Interesse der regionalen Wirtschaft und von existenzsichernder Beschäftigung,
- kommunale Investitionspolitik zur Förderung des regionalen Handwerks und des Mittelstands,
- eine ausschließlich zivile Nutzung des Flughafens Leipzig/Halle ohne Truppentransporte und die Beförderung von Rüstungsgütern - weder zu Manöverzwecken noch in akute Krisengebiete,
- die umfassende Unterstützung der Leipziger Messe als wesentlichen Wirtschaftsfaktor und zuverlässigen Netzwerker unserer Stadt,
- flächendeckende Mindestlöhne in Höhe von 8 Euro brutto je Stunde.

1.2. Stabile kommunale Unternehmen

Mit dem Bürgerentscheid vom Januar 2008 haben sich die Leipzigerinnen und Leipziger dafür entschieden, kommunale Eigenbetriebe der Daseinsvorsorge als städtisches und damit bürgerschaftliches Eigentum zunächst für drei Jahre zu erhalten. Damit sicherten sie für Leipzig eine wesentliche Grundlage kommunaler Selbstverwaltung. DIE LINKE tritt aus prinzipiellen Gründen für den dauerhaften Erhalt dieser Unternehmen in kommunaler Hand, auch über das Jahr 2011 hinaus, ein. Die Stadtwerke, die Wasserwerke wie auch die Verkehrsbetriebe und die städtische Wohnungsgesellschaft (LWB) - gerade in der Finanzkrise aber auch die Sparkasse Leipzig - müssen in Ermangelung bedeutender ortsansässiger Unternehmenssitze als zentrale Steuerungsinstrumente der Kommunalpolitik erhalten bleiben. Nur so können sie weiterhin im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger agieren. Zugleich sichert die Mehrheitsentscheidung der Bürgerschaft eine beträchtliche Zahl qualifizierter Beschäftigungsmöglichkeiten innerhalb der Unternehmen der Verkehrs- und Versorgungsgesellschaft mbH (LVV) im Stadtgebiet. Alle Strategien der LVV-Unternehmen müssen konsequent an kommunalpolitischen Zielen im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet werden. Alle Kontrollgremien dieser Unternehmen tragen eine besondere Verantwortung für das Vermeiden spekulativer Geschäftsaktivitäten.

Die Leipzigerinnen und Leipziger müssen sicher sein, dass die städtischen Unternehmen die Belange der Bürgerschaft ernst nehmen, sich zuerst an den Bedürfnissen der überwiegend lokalen Kundschaft orientieren und sich damit von einseitig profitorientierten Anbietern erkennbar unterscheiden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die LVV mit dem Leitbild „Starke Mutter mit starken Töchtern“ weiter zu entwickeln. Als Management-Holding muss sie die ihr untergeordneten Unternehmen aktiv steuern und eine nachvollziehbare Gesamtstrategie verfolgen, die sich in erster Linie an den strategischen Zielen unserer Stadt orientiert.

Deshalb setzen wir uns ein für

- den Erhalt und die stabile Entwicklung der kommunalen Unternehmen der Daseinsvorsorge, auch über 2011 hinaus,
- eine unverzügliche und bürgernahe Debatte über die strategische Ausrichtung der kommunalen Eigenbetriebe,
- eine aktive Bürgerbeteiligung an diesen Betrieben in Form von Bürgerfonds, beispielsweise für alternative Energien,

- eine sozial ausgerichtete Preisstruktur, die es allen Leipzigerinnen und Leipzigern ermöglicht, die Dienstleistungen bedarfsgerecht in Anspruch zu nehmen,
- die Sparkasse Leipzig zu verpflichten, keine Kreditverträge und damit Kundenbeziehungen an andere Kreditinstitute zu verkaufen.

1.3. Stärkung kommunaler Investitionen statt PPP (Private Public Partnership)

Angesichts der angespannten Haushaltslage und des inzwischen besorgniserregenden Investitionsstaus bei städtischen Gebäuden verfolgt die Stadtverwaltung derzeit vermeintlich innovative Varianten der Quasiprivatisierung von Immobilien im Bereich von Schulen und Kindertagesstätten als PPP-Modelle. Einem solchen Weg steht DIE LINKE grundsätzlich ablehnend gegenüber. Er ist keine wirksame Alternative für die Konsolidierung der städtischen Finanzen, sondern langfristig der teurere Weg. Überdies verbaut ein solcher Kurs einer verschleierten Verschuldung wesentliche Möglichkeiten zur demokratischen Mitwirkung des Stadtrates sowie der Bürgerinnen und Bürger. Eine langfristig tragfähige Verwaltung der städtischen Finanzen muss in der aktuellen Situation darauf gerichtet sein, die im Rahmen von Konjunkturprogrammen von Bund und Land avisierten zusätzlichen finanziellen Mittel für kommunale Investitionen in erster Linie zur Sanierung sowie zum Neubau von Kindertagesstätten und Schulen einzusetzen. Dabei wird DIE LINKE mit all ihren Mandatsträgern Kontrolle ausüben, dass Leipzig bei der Zuweisung finanzieller Mittel durch den Freistaat Sachsen gegenüber der Landeshauptstadt nicht länger benachteiligt wird und dass vor Ort und nicht in entfernten Gremien so zügig wie möglich über den Einsatz dieser Mittel entschieden wird. Die Einbindung der Öffentlichkeit bleibt unverzichtbar, um Transparenz bei der Mittelvergabe bzw. -verwendung gegebenenfalls zu erzwingen.

Deshalb setzen wir uns ein für

- Erhaltung kommunaler Einrichtungen und Unternehmen der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand,
- die Entwicklung eines alternativen Investitionskonzeptes, das sowohl die Verantwortung der Kommune für die Daseinsvorsorge sichert und stärkt als auch die notwendige Sanierung und Modernisierung städtischer Einrichtungen ermöglicht,

- eine Umkehr in der Fördermittelzuweisung durch den Freistaat zugunsten Leipzigs.

1.4. Existenz sichernde Beschäftigung

Die Situation der Stadt Leipzig verlangt ein besonders verantwortungsvoll ausbalanciertes Verhältnis von Wirtschaft und Sozialem. Mit über 40.000 offiziell registrierten Arbeitslosen und mehr als 60.000 Arbeitssuchenden hat nahezu ein Drittel der erwachsenen, in großer Zahl gut qualifizierten Leipzigerinnen und Leipziger nicht die Möglichkeit, einer würdigen Beschäftigung nachzugehen. Besorgniserregend ist der hohe Anteil Langzeitarbeitsloser, unter ihnen viele Jugendliche und Ältere. Während die Stadtverwaltung als größter Arbeitgeber der Stadt nach massenhaftem Arbeitsplatzabbau nunmehr wenigstens ansatzweise eine konzeptionell untersetzte Personalpolitik betreibt, fehlt ein derartiges Herangehen an die kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung nahezu völlig. DIE LINKE fordert daher seit langem die Erarbeitung und Umsetzung eines beschäftigungspolitischen Konzeptes. Es muss die bei der Kommune liegenden Potenzen ausloten und daraus geeignete Maßnahmen für den Beschäftigungsaufbau ableiten. Besonderes Augenmerk richten wir angesichts verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit auf den zweiten Arbeitsmarkt. Menschen, für die kaum Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem ersten Arbeitsmarkt bestehen, müssen Möglichkeiten sinnvoller und existenzsichernder Tätigkeit erhalten, und zwar ohne die demütigenden Ein-Euro-Jobs. Bund und Land dürfen sich nicht aus ihrer Verantwortung für Langzeitarbeitslose verabschieden und diese ausschließlich auf die Kommunen abwälzen. DIE LINKE ist für die völlige Gleichberechtigung von Arbeitsagentur und Kommune bei der Betreuung von Langzeitarbeitslosen. Ob dafür die eingesetzte Arbeitsgemeinschaft (ARGE) dauerhaften Bestand hat, ist offen. So lange die ARGE jedoch existiert, wird sich DIE LINKE für eine bessere personelle Ausstattung sowie die Anhebung der Betreuungs- und Vermittlungsqualität einsetzen. Notwendig ist darüber hinaus ein stabiler öffentlich geförderter Beschäftigungssektor, der nicht gegen einseitig ökonomisches Kalkül ausgespielt werden darf.

Deshalb setzen wir uns ein für

- Bestandssicherung aller zivilen und umweltverträglichen existenzsichernden Beschäftigungsverhältnisse durch die Bildung eines Netzwerkes Beschäftigungssicherung,

- die Umwandlung von Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse,
- die Orientierung der öffentlichen Investitions- und Vergabepolitik an existenzsichernden und tarifgebundenen Beschäftigungsverhältnissen auf der Basis eines Mindestlohnes von 8 Euro brutto je Stunde,
- die Erarbeitung und Umsetzung eines mittelfristig tragfähigen Konzepts zur Förderung öffentlicher Beschäftigung im zweiten Arbeitsmarkt,
- die Bildung eines Arbeitslosenbeirates,
- die Sicherung eines stabilen Sektors freier Beschäftigungsträger sowie des Kommunalen Eigenbetriebes Engelsdorf (KEE).

1.5. Nur Ausbildung schafft den Zugang zu qualifizierter Arbeit

Nach wie vor ist der Anteil junger Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung oder ohne einen Arbeitsplatz außerordentlich hoch. Die offizielle Statistik vermittelt nur die halbe Wahrheit, weil unerträglich viele junge Menschen in Vorbereitungsmaßnahmen oder 1-Euro-Jobs „geparkt“ werden. Zahlreiche Jugendliche - vor allem leistungsstarke, auf die unsere Stadt besonders angewiesen ist - sind in den letzten Jahren bereits aus Leipzig abgewandert, um Ausbildung und Beschäftigung in den alten Bundesländern zu finden. Bislang angelaufene Sonderprogramme haben hier noch keinen Umschwung bewirkt. Verantwortungsvolle Kommunalpolitik darf jedoch nicht warten, bis sich die Lage aufgrund geburtenschwacher Jahrgänge von selbst entspannt, zumal der Fachkräftebedarf weiter steigen wird. Klare Perspektiven müssen jetzt her.

Deshalb setzen wir uns ein für

- ein dauerhaftes und stabiles Ausbildungsangebot bei der Stadtverwaltung sowie den Unternehmen mit städtischer Beteiligung,
- die Beschäftigungssicherung der Ausgebildeten von mindestens zwei Jahren,
- die Förderung von Ausbildungsverbänden privater Unternehmen,
- die gezielte Unterstützung junger Menschen ohne oder mit schlechtem Schulabschluss,
- den Erhalt und den Ausbau vom ‚Netz kleiner Werkstätten‘, in dem sich junge Menschen ohne Anbindung an Schule und Beruf für eine Ausbildung praxisnah qualifizieren können.

2. Für soziale Gerechtigkeit und ein selbstbestimmtes Leben

DIE LINKE steht originär für soziale Gerechtigkeit und gerade unter den gegenwärtig angespannten gesellschaftlichen Verhältnissen für solidarischen Ausgleich zwischen allen Bevölkerungsschichten und Generationen.

2.1. Für aktive Armutsbekämpfung

Die Lebenssituation von immer mehr Leipzigerinnen und Leipzigern hat sich in den letzten Jahren zugespitzt. Die Kluft zwischen Arm und Reich hat sich weiter vertieft. Das Durchschnittseinkommen der Leipziger Haushalte stagniert nicht nur seit über einem Jahrzehnt; für viele ist es sogar gesunken. Der zwischenzeitliche wirtschaftliche Aufschwung, der im Übrigen in Leipzig geringer als in den meisten anderen sächsischen Regionen ausfiel, ist bei den meisten Einwohnerinnen und Einwohnern unserer Stadt nicht angekommen. Besonders durch Hartz IV hat sich der Anteil derer, die oft nicht einmal das Notwendigste für ein menschenwürdiges Leben haben, beträchtlich erhöht, weil die gewährten sozialen Leistungen weit unter der offiziellen Armutsgrenze liegen. Selbst für einen Teil der Bürgerinnen und Bürger, die sich bislang zur Mittelschicht zählten, greift zunehmend Unsicherheit über die eigene Perspektive ihrer Familien um sich. Die insgesamt gesunkene Kaufkraft schlägt sich in der Nachfragestruktur nach Produkten und Dienstleistungen und damit in der wirtschaftlichen Situation von Handwerk und Einzelhandel nieder. Außerdem nimmt die Anzahl derjenigen, die trotz Arbeit kein existenzsicherndes Einkommen erzielen, bedrohlich zu. Deshalb muss der Grundsatz gelten: Von Arbeit muss man leben können! Wachsende Kinderarmut auf der einen Seite und zunehmende Altersarmut auf der anderen Seite verlangen von der Stadtpolitik, nicht nur auf die verschärfte Lage zu reagieren, sondern viel mehr als das bislang in Leipzig geschehen ist, offensiv zu agieren. Die Gefahr der sozialen Isolierung von immer mehr Menschen und der Spaltung unserer Stadtgesellschaft muss abgewandt werden.

Deshalb setzen wir uns ein für

- die Minderung der Unterschiede zwischen Arm und Reich in unserer Stadt durch Sachleistungen für sozial Bedürftige,
- eine wachsende solidarische Stadtgesellschaft, in der alle Generationen einen würdigen Platz einnehmen,

- einen vom Freistaat Sachsen zu finanzierenden gerechten Soziallastenausgleich zwischen den Regionen und Kommunen zur Überwindung der finanziellen Benachteiligung der Stadt Leipzig,
- die schrittweise Erweiterung des Leistungsangebots für Anspruchsberechtigte des Leipzig-Passes durch die dauerhafte Einführung eines Sozialtickets und von Sozialtarifen bei Strom und Gas sowie kostenlose monatliche Kontingente für den Besuch städtischer und kultureller Einrichtungen,
- die Anhebung der Richtwerte bei den Kosten der Unterkunft für von Hartz-IV Betroffene, um Zwangsumzüge zu verhindern,
- den Erhalt der Einrichtungen der sozialen und gesundheitlichen Daseinsvorsorge in kommunaler Trägerschaft,
- die Unterstützung der Leipziger Tafel und weiterer Angebote für sozial Bedürftige.

2.2. Kinder sind unsere Zukunft

Will Leipzig seine Zukunft auf sicherem Fundament gestalten, muss es noch mehr zu einer kinder- und jugendfreundlichen Stadt werden. Fast 37 Prozent der Kinder unserer Stadt leben von Sozialgeld – ein unerträglicher Zustand. Die Abwanderung, vor allem junger Menschen, hat in der Altersstruktur der Leipziger Bevölkerung bleibende Spuren hinterlassen. So erfreulich es ist, dass seit einigen Jahren wieder mehr Kinder geboren werden und junge Familien ihren Wohnsitz in Leipzig nehmen, bleibt es unerlässlich, allen Kindern und Jugendlichen eine gute Perspektive in ihrer Heimatstadt zu sichern und möglichst noch mehr jungen Familien ein dauerhaftes Zuhause in Leipzig zu geben.

Kindertagesstätten

Leipzig verfügt im Vergleich zu westdeutschen Großstädten nach wie vor über eine wesentlich höhere Betreuungsquote in Kindertagesstätten. Anlass zu Selbstzufriedenheit besteht indes nicht, weil auch in unserer Stadt der Bedarf an Plätzen für Kinder zwischen 0 und 3 Jahren bislang nicht ausreichend gedeckt werden kann. Lange Wartezeiten oder das Ausweichen auf immer mehr Tagesmütter oder gar auf kommerzielle Einrichtungen ist für uns keine zukunftsfähige Lösung.

Deshalb setzen wir uns ein für

- eine bedarfsdeckende Erweiterung des Betreuungsangebots in Kindertagesstätten, insbesondere für Kinder unter drei Jahren,
- den Verzicht auf jegliche Zugangskriterien,
- die Sicherung eines stabilen Netzes an wohnortnahen Kindertagesstätten in kommunaler und frei gemeinnütziger Trägerschaft,
- die Förderung von betrieblichen Kindertagesstätten,
- die schrittweise Verringerung des Investitionsstaus in zahlreichen Leipziger Kindertageseinrichtungen,
- eine höhere finanzielle Beteiligung des Freistaates Sachsen an den Kosten der Kinderbetreuung, um schrittweise einen beitragsfreien Besuch in Kindertageseinrichtungen zu erreichen,
- die Bereitstellung finanzieller Mittel durch den Freistaat Sachsen, um allen Kindern ein kostenfreies Mittagessen zu gewähren,
- die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Bildung, Erziehung und Betreuung durch kleinere Gruppen, Vor- und Nachbereitungszeit der Erzieherinnen und Erzieher sowie die Angleichung von Ausbildung und Einkommen an die der Lehrer.

Schule und Bildung

Obwohl Bildung schon im Vorschulalter einen festen Platz einnehmen sollte, bleibt die Schule auch künftig der Ort, wo Kinder und Jugendliche solide auf ihr berufliches Leben vorbereitet werden und notwendige soziale Kompetenzen erlernen. Vorzuhalten ist ein attraktives Bildungsangebot für alle, unabhängig von Herkunft und Einkommenssituation der Eltern. Davon sind wir weit entfernt. Immer öfter entscheidet der soziale Status der Eltern über den Bildungsweg ihrer Kinder. Dies widerspiegelt auch die erhebliche Zunahme von Privatschulen, insbesondere im berufsbildenden Bereich, eine Entwicklung, die davon zeugt, dass sich der Staat immer mehr seiner Verantwortung für Schule und Bildung entledigt. Dem wird durch die konservative sächsische Schulgesetzgebung Vorschub geleistet. Längeres gemeinsames Lernen, anstatt frühzeitige Vorbestimmung des einzuschlagenden Bildungswegs, bleibt die zentrale schulpolitische Forderung der LINKEN.

Deshalb setzen wir uns ein für

- ein unmissverständliches Signal an den Freistaat Sachsen, um endlich das antiquierte dreigliedrige Schulsystem zu überwinden und ein mindestens achtjähriges gemeinsames Lernen zu ermöglichen,
- die Erarbeitung eines kommunalen bildungspolitischen Konzepts,
- eine Stabilisierung des staatlichen Schulnetzes,
- die beträchtliche Erweiterung des Angebots an Ganztagschulen,
- bedarfsorientierte Einstellung von Schulsozialarbeitern und Schulpsychologen,
- Bereitstellung von mehr finanziellen Mitteln für Schulinvestitionen, anstatt auf sogenannte PPP-Modelle zu setzen,
- konsequente Einhaltung der gesetzlich verbrieften Lehr- und Lernmittelfreiheit,
- Erweiterung der außerunterrichtlichen Angebote an Schulen,
- noch bessere flächendeckende Sicherung der Schulwege.

Kinder- und Jugendhilfe

Die gesellschaftlichen Bedingungen für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen in ihren Familien haben sich gewandelt. Sie sind gekennzeichnet durch die Einengung kindgerechter Sozialräume, durch soziale Belastungen in den Familien sowie durch überflutenden Medienkonsum. Familien mit Kindern und vor allem Alleinerziehende sind von Armut besonders betroffen. Dieser soziale Wandel stellt höhere Anforderungen an die Kinder- und Jugendhilfe. Dazu im Widerspruch steht die unzureichende Finanzausstattung, die den steigenden Anforderungen nicht gerecht wird.

Deshalb setzen wir uns ein für

- ein ausreichendes Angebot an Prävention, Beratung und Hilfe, unter Berücksichtigung der Besonderheiten in den Ortsteilen,
- ein kommunales familienpolitisches Konzept,
- eine im Bedarfsfall jährliche Dynamisierung des Jugendhilfeeats anhand der allgemeinen Preissteigerungsrate und der anfallenden Aufgaben,
- den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit durch die Bereitstellung weiterer Mittel für die arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit,
- mehrjährige Leistungsverträge mit freien Trägern, um Kontinuität und Qualität in der Kinder- und Jugendarbeit zu sichern,

- eine bessere Beteiligung und Mitbestimmung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, vor allem bei sie betreffenden Vorhaben,
- eine interkulturell ausgerichtete Jugendarbeit gegen Neonazismus, Rassismus und andere diskriminierende Denkweisen,
- die Unterstützung und Förderung von alternativer Jugendkultur und entsprechenden selbstverwalteten Projekten,
- geschlechtsspezifische Angebote in der Kinder- und Jugendhilfe.

2.3. Würdevolles Leben im Alter

Ältere Menschen haben ein Recht auf ein aktives und selbst bestimmtes Leben. Gegenwärtig sind 22 Prozent der Leipzigerinnen und Leipziger älter als 65 Jahre. In den nächsten Jahren wird der Anteil von Menschen im Seniorenalter weiter zunehmen. Darauf ist unsere Gesellschaft nach wie vor nicht ausreichend vorbereitet. Ältere Menschen haben heute Ansprüche an eine aktive Lebensgestaltung und wollen sich gleichberechtigt in den gesellschaftlichen Alltag einbringen. Dies ist keine überzogene Forderung, sondern berechtigtes Bedürfnis, dem wir uns alle zu stellen haben. Deshalb bedarf es sowohl erweiterter Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement als auch Veränderungen in der städtischen Infrastruktur, von der Gestaltung des Wohnumfeldes bis hin zu altersgerechten Verkehrslösungen. Eine besondere Herausforderung ergibt sich aus dem wachsenden Bedarf in der Altenpflege. Der auch in Leipzig drohenden zunehmenden Altersarmut müssen wir wirkungsvoll entgegentreten.

Deshalb setzen wir uns ein für

- mehr Mitwirkungsmöglichkeiten für ältere Menschen auf allen Gebieten des städtischen Lebens,
- die Fortschreibung des Leipziger Konzepts der Seniorenarbeit,
- den Erhalt und die finanzielle Sicherstellung bestehender Begegnungsstätten,
- den wohnortnahen Erhalt von Dienstleistungseinrichtungen, wie Post und Sparkasse,
- die Förderung von Einrichtungen des betreuten Wohnens,
- die Kapazitätserweiterung der städtischen Altenpflegeheime.

2.4. Chancengleichheit der Geschlechter

DIE LINKE setzt sich für ein offenes und gleichberechtigtes Miteinander von Frauen und Männern sowie von alternativen Formen des Zusammenlebens ein. Allerdings werden Frauen auch in Leipzig nach wie vor sozial benachteiligt. Dieser Missstand spiegelt sich in ihrem überdurchschnittlich hohen Anteil an geringfügiger Beschäftigung oder in Tätigkeiten in sehr niedrig vergüteten Branchen wider. Ohnehin verdienen Frauen für die gleiche Arbeit wesentlich weniger als Männer und dringen nach wie vor viel zu selten in die Chefetagen vor. Das alles hat freilich erhebliche Auswirkungen auf spätere Rentenansprüche. Schon heute ist die Altersarmut bei Frauen wesentlich ausgeprägter. Im Mittelpunkt einer zeitgemäßen Gleichstellungspolitik muss die Anerkennung der Identität und Gewährleistung der Entfaltungsmöglichkeiten jeder und jedes Einzelnen stehen.

Deshalb setzen wir uns ein für

- die bevorzugte Förderung von Existenzgründerinitiativen von Frauen,
- die Entwicklung und Umsetzung von Frauenförderplänen in Stadtverwaltung und städtischen Betrieben,
- die Weiterentwicklung des Girl`s Day und stärkere Werbung um Mädchen für die Ausbildung in technischen Berufen in der Verwaltung und in den städtischen Betrieben,
- mehr Beratungsangebote für sozial benachteiligte Frauen und Männer,
- einen wesentlich höheren Frauenanteil in leitenden Funktionen der Stadtverwaltung sowie in Unternehmen mit städtischer Beteiligung,
- den Erhalt und die finanzielle Sicherstellung bestehender Kinder- und Frauenschutzhäuser,
- den Ausbau der Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und Stalking,
- Unterstützung des Christopher-Street-Day,
- einen erhöhten Anteil von Männern in der frühkindlichen Betreuung und Bildung, die Überwindung jeglicher Diskriminierung von Menschen mit gleichgeschlechtlicher Lebensweise,
- den gesicherten Erhalt der Schwulen- und Lesbenzentren in Leipzig.

2.5. Barrierefrei denken und handeln

Mehr als ein Zehntel der Leipziger Bevölkerung ist von Behinderungen oder chronischen Krankheiten betroffen. Zählt man deren Familien hinzu, so kann schon statistisch nicht von einer Randgruppe gesprochen werden. Vieles ist in den letzten Jahren in Leipzig geleistet worden, um den Menschen mit Behinderungen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu erleichtern und vor allem bauliche Barrieren zu beseitigen. Dennoch bleibt noch viel zu tun, um unsere Stadt barrierefrei zu gestalten. Dies meint nicht nur die weiterhin bestehenden Hindernisse in der Infrastruktur, sondern auch in der Einstellung gegenüber behinderten und chronisch kranken Menschen.

Deshalb setzen wir uns ein für

- die konsequente Umsetzung und Fortschreibung des städtischen Konzepts zur Integration und Gleichstellung behinderter Menschen,
- die weitere behindertengerechte Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs, vor allem durch die durchgängige Einführung von Fahrzeugen mit Niederflertechnik und die barrierefreie Umgestaltung aller intensiv genutzten Haltestellen,
- die Erweiterung des Blindenleitsystems,
- mehr behindertengerechte Wohnungen zu erschwinglichen Mieten,
- den Erhalt von Freizeit- und Beratungsangeboten mit höherer finanzieller Planungssicherheit,
- eine hohe Qualität der integrativen Förderung von Kindern mit Entwicklungsstörungen und Behinderungen in Kindertagesstätten und Schulen, u. a. durch Beseitigung baulicher Barrieren.

2.6. Integrativ und tolerant

Leipzig ist seit mehreren Generationen durch seine Weltoffenheit, Toleranz und Vielfalt der Kulturen bekannt und hat über Jahrhunderte seinen Ruf als eine Metropole des internationalen Handels, der Wissenschaft und der Kultur mit Recht erworben. Mit mehr als 42.000 EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund hat Leipzig den größten Anteil an Migrantinnen und Migranten in Sachsen, der allerdings weit unter dem Niveau vergleichbarer westdeutscher Metropolen liegt. DIE LINKE setzt sich für die Gestaltung eines einträchtigen, friedlichen und auf gegenseitiger Ergänzung beruhenden Zusammenlebens mit MigrantInnen ein. Sie tritt dafür ein, dass diese als ebenbürtige Mitbürger angesehen und behandelt werden, als Mitbürger mit Rech-

ten und Pflichten. DIE LINKE lehnt alle Versuche ab, MigrantInnen für soziale Konflikte und wirtschaftliche Not verantwortlich zu machen.

Deshalb setzen wir uns ein für

- wirksamere staatliche Maßnahmen zur Integration, zu deren Verwirklichung MigrantInnen selbst einen Beitrag leisten, ohne auf ihre kulturellen Wurzeln verzichten zu müssen,
- ein städtisches Integrationskonzept,
- kostenlosen und ausreichenden Deutschunterricht für alle Altersgruppen,
- den Einsatz von SprachmitlerInnen im Gesundheitswesen, Behörden, Kulturinstitutionen , Schulen, Kindergärten,
- die Sicherung von Beratungsstellen für Opfer von Diskriminierung und rechter Gewalt,
- die Förderung von Zivilcourage, insbesondere gegen Anfeindungen jüdischer Bürgerinnen und Bürger.

2.7. Gesundheitliche Versorgung nach Bedarf

Die gesundheitliche Versorgung stellt künftig noch höhere Anforderungen und verlangt auch von den kommunalen Verantwortungsträgern wesentlich mehr Aufmerksamkeit. Das ergibt sich nicht nur aus der älter werdenden Bevölkerung. Wir müssen vielmehr dafür Sorge tragen, dass allen Einwohnern, unabhängig von Alter und Einkommen, ein gutes medizinisches Leistungsangebot zur Verfügung steht.

Deshalb setzen wir uns ein für

- den Erhalt und die Stärkung kommunaler Gesundheits- und Sozial-einrichtungen, insbesondere des Klinikums St. Georg,
- die Einrichtung weiterer gesundheitlicher Versorgungszentren (Polikliniken),
- Rahmenbedingungen, die einem Ärztemangel im ambulanten Bereich entgegen wirken,
- die personelle Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes, insbesondere des jugendmedizinischen Bereiches sowie des Rettungsdienstes,
- den Ausbau der Suchtprävention, vor allem für junge Menschen sowie die stärkere Förderung von Ausstiegsprogrammen für alle Bedürftigen.

3. Leben in einer familienfreundlichen, grünen und gesunden Stadt

Die Stadt und ihr Umland sind der Lebensraum für Menschen. Stadtgestaltung muss deshalb auf verschiedenen Ebenen Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger sichern und zugleich den unterschiedlichen Bedürfnissen Rechnung tragen. Das ist eine große Herausforderung, der wir uns immer wieder neu zu stellen haben.

3.1. Stadt heißt Vielfalt

Stadtentwicklungspolitik hat der weiteren sozialen Entmischung von Stadtteilen und Wohngebieten entgegen zu wirken. Sie muss konkret ortsteilbezogen erfolgen und den funktionalen Zusammenhang von baulicher und sozialer Entwicklung beachten. Im Umgang mit Wohnungsleerstand sind Alternativen zum Abriss gefragt.

Stadtgestaltung muss für Bürgerinnen und Bürger sowie für Gäste Möglichkeiten schaffen, in gesunden öffentlichen Räumen zu leben, die zum Verweilen einladen und einer sozialen Kommunikation auf vielfältige Weise förderlich sind. Sie braucht dazu ein Leitbild und kommt nicht ohne kontinuierliche Steuerung aus.

Deshalb setzen wir uns ein für

- eine sozial gemischte Stadt, d. h. die Vermeidung oder zumindest Verminderung sozialer Polarisierung,
- die Fortschreibung der Stadtentwicklungspläne als integrierte Entwicklungskonzepte und die Erarbeitung spezifischer Konzeptionen für Ortsteile mit schwieriger baulicher, kultureller und sozialer Infrastruktur,
- die Erhaltung und bedarfsgerechte Erweiterung von Schulen, Kindertageseinrichtungen und soziokulturellen Angeboten,
- eine stärkere Einbeziehung von Genossenschaften, alternativen Projekten und privaten Hauseigentümern in die Minderung des Wohnungsleerstandes,
- die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger als unmittelbar Betroffene in Entscheidungen zu Stadt(um)gestaltung über Formen wie Quartiersmanagement, Bürgerinitiativen, Beiräte u. a. m.,

- Möglichkeiten der Übertragung frei werdender Flächen im unmittelbaren Wohnumfeld in die Initiative von Anwohnern, Schulklassen, Vereinen über Pflegeverträge oder vergleichbare aktivierende Angebote,
- den Erhalt und die Stabilisierung der Zentren in den Stadt- und Ortsteilen,
- die konsequente Vertretung kommunaler Interessen gegenüber Bund und Land, insbesondere hinsichtlich der Nutzung, Höhe und Verteilung von Fördermitteln,
- die Einschränkung der Kameraüberwachung öffentlicher Räume sowie der Werbung im Straßenraum.

3.2. Wohnen muss bezahlbar bleiben

Gebäude sind nicht allein Objekte der Architektur und Bausubstanz. Sie sind vor allem Lebensraum in einem sozialen Umfeld. Auch Familien mit niedrigem Einkommen muss das Wohnen in allen Ortslagen möglich sein. DIE LINKE in Leipzig wendet sich entschieden gegen ein Ausspielen der Gründerzeitbestände gegen Großsiedlungen, sondern fordert stattdessen die ausgewogene Förderung beider Bestände. Der vorhandene Wohnraum ist ein Stück kulturelle Vielfalt, die den Menschen mit verschiedenen Bedürfnissen in einer Großstadt wie Leipzig entspricht. Die LWB und die Genossenschaften besitzen unverzichtbare Teile des Wohnungsbestandes. Sie können gerade unter den Bedingungen zunehmender sozialer Belastungen für viele die Entwicklung der Grundmieten verträglich beeinflussen und haben auch künftig unsere Unterstützung. Die beiden Komponenten wirtschaftlich verwalten und sozial gestalten gehören untrennbar zusammen. Einen Totalverkauf oder eine erhebliche Reduzierung des Bestandes der städtischen Wohnungsgesellschaft lehnt DIE LINKE auch zukünftig ab.

Deshalb setzen wir uns ein für

- einen Stadtbau, der in erster Linie sozialen Erfordernissen Rechnung trägt,
- die Fortschreibung des wohnungspolitischen Konzepts der Stadt,
- die regelmäßige Anpassung der Erstattung der zuletzt drastisch gestiegenen Kosten für Unterkunft und Heizung von Sozialhilfe- und ALG-II-Empfängern,

- die Überprüfung der Abgaben und Preise städtischer Unternehmen und der Verwaltung, die Bestandteil der allgemeinen Betriebskosten sind,
- die Suche nach Möglichkeiten der Reduzierung der Betriebskosten, z. B. durch Trennung leer stehender Gebäude von den Versorgungsleitungen,
- die Unterstützung der Hausbesitzer bei Maßnahmen der Wärmedämmung und beim Einsatz erneuerbarer Energien,
- die Sicherung eines ausreichenden Bestandes an altersgerechten und barrierefreien Wohnungen, ebenso von Wohnraum für Familien mit Kindern und für das Zusammenleben mehrerer Generationen,
- verständliche, nachvollziehbare Miet- bzw. Betriebskostenspiegel, die unter Einbeziehung aller Wohnungen auch künftig gemeinsam mit den Interessenverbänden der Mieter sowie der Haus- und Grundeigentümer erstellt werden.

3.3. Eine grüne Stadt ist lebenswert

Stadtentwicklung muss sich nicht zuletzt daran messen lassen, inwieweit sie beiträgt, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, Naturräume zu schützen und zu erweitern sowie eine nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweise zu befördern. Auwald, Grüner Ring Leipzig, Grüner Bogen Paunsdorf, Kleingartenanlagen und Leipziger Neuseenland prägen die Lebensqualität unserer Stadt und sind für uns unantastbar. Hier hat sich in Leipzig viel Positives entwickelt. Das gilt es zu bewahren und weiter auszubauen. Der Kampf gegen Lärm, Feinstaub und Stickoxide wird künftig einen höheren Stellenwert einnehmen und mit mehr Konsequenz geführt werden müssen, um Gesundheit und Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger dauerhaft zu sichern bzw. zu verbessern. Generell besitzt aktive Lärmvermeidung Priorität gegenüber passivem Lärmschutz. Die baulich-räumliche Organisation der Stadt und des Verkehrs müssen weiter entwickelt werden, um Abgase und Lärm im Interesse des Aufenthalts im Freien und des Wohnens zu verringern. Die zunehmende Belastung durch den vom Flughafen verursachten Boden- und Fluglärm überschreitet inzwischen das akzeptable Maß und greift in einer keinesfalls hinzunehmenden Weise in die Lebensqualität Zehntausender Leipziger Einwohner ein.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Vernetzung der ausgedehnten Parks und Erholungsgebiete, den Erhalt und die Erweiterung des Auwaldes, des Wildparks, der Kleingartenanlagen, Kleingartenparks und Grünanlagen unter Nutzung weiterer entsiegelter Flächen,
- den Bau des Stadthafens Leipzig, die Komplettierung des Elstermühlgrabens, die bootsdurchgängige Verbindung zu den Seen im Leipziger Südraum, die Erhaltung des Elsterstausees und die Verbesserung des Hochwasserschutzes,
- die Fortschreibung und Umsetzung des Klimaschutzprogramms, einschließlich der Schaffung eines hauptamtlichen Klimaschutzbeauftragten und der Erreichung des CO₂-Reduktionszieles bis 2010,
- den Schutz der Trinkwasserressourcen,
- umweltgerechte Landwirtschaft und die weitere Zurückdrängung von genmanipuliertem Saatgut und Futter,
- die Unterstützung der Bürger, der Bürgerinitiativen und Interessengemeinschaften zur Begrenzung der Belastungen aus Boden- und Fluglärm,
- ein Programm zur Entsiegelung im Stadtgebiet sowie die gezielte Aufhebung seit Jahren nicht genutzter Baurechte außerhalb der urbanen Kerne,
- die Fortführung des Agendaprozesses,
- verstärkte Anstrengungen zur Erhöhung des Anteils regenerativer Energiequellen (z. B. Bürgersolarstromanlagen) und zu Gebäudesanierung und Wärmedämmung,
- die Einrichtung von Umweltzonen,
- eine Umwelt schonendere Abfallwirtschaft in kommunaler Hand,
- die ideenreiche Teilnahme am European Energy Award (EEA), die Nutzung erneuerbarer Energien und Erarbeitung eines Energiekonzepts für die Stadt Leipzig,
- eine Verbesserung der Lebensqualität der Bewohner entlang der Hauptstraßen durch Reduzierung des Verkehrslärms, ggf. auch Umgehungsstraßen sowie die Schaffung eines kommunalen Schallschutzfenster-Förderprogramms, schrittweise Erweiterung der Tempo-30-Zonen in Wohngebieten,
- die Erarbeitung eines Spielplatzleitplanes für die Stadt Leipzig nebst einem entsprechenden Spielplatzinvestitionskonzept.

3.4. Stadt heißt Bewegung – zu Fuß, mit Fahrrad und öffentlichen Verkehrsmitteln

Der Mobilität zu Fuß, mit den öffentlichen Verkehrsmitteln und mit dem Fahrrad gehört die Vorfahrt. Die Abhängigkeit vom Auto kann nur verringert werden, wenn das Netz aufeinander bezogener Straßenbahn-, Bus- und S-Bahnlinien und die Erreichbarkeit mit dem ÖPNV, zu Fuß und mit dem Fahrrad aktiv gefördert wird. Kindereinrichtungen, Schulen und Arbeitsplätze sollten zu Fuß, mit dem ÖPNV bzw. mit dem Fahrrad schnell und sicher erreichbar sein. Entsprechend ausgestattete Straßen- und Wegenetze verringern die Anlässe zur Autobenutzung und fördern eine vom Auto unabhängige Mobilität in der Stadt.

Deshalb setzen wir uns ein für

- ein leistungsfähiges Verkehrsunternehmen in kommunaler Hand,
- dichte Taktzeiten, sozial verträgliche Tarife und eine gute Vernetzung von Bus und Bahn,
- eine dauerhafte Sicherung des Sozialtickets,
- eine bessere Anbindung der neuen Ortsteile an Bus und Bahn,
- den weiteren Ausbau des Radwegenetzes durch die Bereitstellung von 10 Prozent der Investitionsmittel für den Straßenbau und die Entschärfung von Unfallschwerpunkten,
- eine autoarme Innenstadt,
- die Sanierung und Reparatur der vorhandenen Straßen und Brücken,
- keinen weiteren Straßenneubau über das beschlossene mittelfristige Programm hinaus,
- die strikte Begrenzung des städtischen Anteils an der Finanzierung des City-Tunnels auf die im Kostenteilungsvertrag festgeschriebene Höhe.

4. Leipzig – eine einladende Stadt für ihre Bürgerschaft

Leipzig war und ist eine Stadt, in der die Bürgerinnen und Bürger sich maßgeblich an der Ausgestaltung des öffentlichen und kulturellen Lebens beteiligen wollen. Der Bürgerentscheid für den Erhalt der kommunalen Eigenbetriebe der Daseinsvorsorge in städtischem Besitz im Januar 2008 hat gezeigt, wie lebendig und aktiv das Interesse der Leipzigerinnen und Leipziger an ihrer Stadt ist. Und auch der unermüdliche Kampf zahlreicher Vereine und Initiativen um das Sozialticket belegt, wie nachhaltig Leipzigerinnen und

Leipziger für die Belange Benachteiligter streiten. In fast allen Stadtteilen setzen sich Bürgervereine für lokale Belange ein, mehr als 60.000 Leipzigerinnen und Leipziger engagieren sich ehrenamtlich.

4.1. Bürgerschaftliches Engagement

Bürgerschaftliches Engagement ist der Motor der Stadtgesellschaft. Demokratisches und bürgernahes Miteinander aller Leipzigerinnen und Leipziger und vor allem ein vielfältiges und differenziertes öffentliches Leben wird in Zukunft nur dann zu gewährleisten sein, wenn zivilgesellschaftliches Engagement vernetzt, noch stärker gefördert, vor allem aber angemessen gewürdigt wird.

Deshalb setzen wir uns ein für

- die Stärkung des Forums Bürgerstadt Leipzig im Lokalen Agenda-Prozess,
- die verbesserte Erreichbarkeit der Verwaltung durch Einführung einer zentralen Anrufvermittlung,
- Erhalt der Bürgerämter in den Ortsteilen,
- ein transparentes und bürgernahes Verwaltungshandeln im Sinne des Gläsernen Rathauses, z. B. durch den konkreten Ausbau des E-Government,
- wirksamere Unterstützung der Bürgervereine sowie weiterer Vereine in den Ortsteilen und deren Einbindung in Verwaltungsentscheidungen, je nach ihrer konkreten Spezifik,
- regelmäßige Bürgerbefragungen zu Projekten der Stadtverwaltung und deren verbindliche Einbeziehung in das Verwaltungshandeln sowie Bürgerbegehren und Bürgerentscheide zu Grundsatzfragen der Stadtentwicklung,
- eine deutlichere Aufwertung des bürgerschaftlichen Engagements,
- die Nutzung der Erfahrungen des Lokalen Agenda-Prozesses bei der Weiterentwicklung des Bürgerhaushaltes mit direkter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger,
- die Aufwertung der Stadtbezirksbeiräte zu Ortschaftsräten, die von den BürgerInnen direkt gewählt werden und über weiterreichende Mitbestimmungsrechte verfügen, durch die Einführung der Ortschaftsverfassung in den Stadtbezirken,

- Bildungsprojekte an Schulen, die Heranwachsende über Möglichkeiten demokratischer Teilhabe aufklären und die Hemmschwelle für passive und aktive Wahlrechte abbauen,
- die Errichtung eines Kinder- und Jugendparlaments, das jungen Menschen frühzeitige Erfahrungen sowohl mit demokratischen Strukturen als auch mit der Wirkungskraft politischen Engagements vertraut macht,
- den benutzerfreundlichen Ausbau des Elektronischen Rats-Informationssystems (ERIS),
- die Verhinderung der Weitergabe der Meldedaten der Bürgerinnen und Bürger ohne deren schriftliche Einwilligung an private Dritte,

den Einsatz der kommunalen Entscheidungsträger auf Landesebene für die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre sowie die deutliche Herabsetzung der Quoren für Bürgerentscheide.

4.2. Engagiert gegen Neofaschismus und Diskriminierung

In den letzten Jahren haben auch in Leipzig die neofaschistischen Aktivitäten stark zugenommen. DIE LINKE versteht sich als konsequent antifaschistische Partei und wird die Etablierung von organisierten rechten Strukturen und Gewalt nicht hinnehmen. Wir setzen dabei sowohl auf präventive Konzepte, die sich an Toleranz, interkulturellem Austausch und Demokratiefähigkeit orientieren, als auch auf offensiven Protest und direkte argumentative Auseinandersetzung mit jeglichen Auffassungen von Nationalismus, Antisemitismus und Diskriminierung.

Deshalb setzen wir uns ein für

- die konsequente öffentliche Positionierung der Stadt gegen Diskriminierung von Menschen und für Solidarisierung mit Opfern rechter Gewalt,
- die Anwendung sämtlicher rechtlicher Mittel zur Verhinderung von Nazidemonstrationen sowie den Aufruf zu zivilgesellschaftlichem Protest,
- die Entwicklung eines übergreifenden kommunalpolitischen antifaschistischen Handlungskonzeptes unter Einbeziehung aller antifaschistischen Gruppen und Initiativen,

- Weiterbildung von PädagogInnen und SozialarbeiterInnen zur Qualifizierung ihrer Argumentationsfähigkeit gegenüber diskriminierenden und ausgrenzenden Denkmustern,
- Initiierung, Begleitung und Förderung generationsübergreifender geschichtspolitischer Projekte, bei denen die Aufarbeitung des Faschismus im Mittelpunkt steht.

4.3. Leipzig baut auf Kultur

Eine weltoffene, ideenreiche, tolerante und zugleich kritische Stadt ist ohne die zahlreichen Impulse aus Kunst und Kultur kaum vorstellbar. Das bald 1.000-jährige Leipzig verfügt über eine sehr reiche und vielfältige Kulturlandschaft, deren Bewahrung und Stärkung für DIE LINKE eine Herzensangelegenheit ist. Mit dem auf einen Antrag der seinerzeitigen PDS-Fraktion zurückgehenden Kulturentwicklungsplan der Stadt Leipzig für die Jahre 2008-2015 liegt ein Grundsatzprogramm vor, das dieser kulturpolitischen Herausforderung weitgehend gerecht wird und dessen Umsetzung wir daher unterstützen.

Angesichts wachsender sozialer Ungleichheit werden Kultur und kulturelle Bildung immer wichtiger. Zugleich ist festzustellen, dass das Angebot für immer mehr Leipzigerinnen und Leipziger nicht finanzierbar ist.

Die Bibliotheken haben im Bereich der kulturellen Bildung eine Schlüssel-funktion. Die zahlreichen soziokulturellen Angebote für Kinder und Jugendliche tragen dazu bei, in schwierigen Lebenslagen Orientierung und sozialen Halt zu geben. Die lebendige Soziokultur leistet einen originären Beitrag zum besonderen Flair der Kulturstadt Leipzig und bildet zugleich ein unverzichtbares Netzwerk sozialer Integration.

Deshalb setzen wir uns ein für

- eine Anhebung der Förderung soziokultureller Vereine sowie freier Einrichtungen und Projekte auf mittelfristig 5 Prozent des Kultur-etats der Stadt,
- die strikte Umsetzung der beschlossenen Bibliotheksentwicklungskonzeption (Fortschreibung 2008-2011),
- die kostenlose Nutzung von noch mehr Kultureinrichtungen durch Kinder und Jugendliche,

- den Aufbau eines kommunalen Koordinierungsforums „Kulturelle Bildung in Leipzig“,
- die kontinuierliche finanzielle Sicherung der Festivals der Stadt mit überregionaler Ausstrahlung (Bachfest, Dokfilmwoche, euro-scene, Lachmesse),
- eine gesicherte finanzielle Unterstützung des Leipziger Zoos, um insbesondere für Familien mit niedrigem Einkommen eine Senkung der Eintrittspreise anzustreben,
- eine vertiefte Kooperation im Kulturbereich mit der Stadt Halle sowie mit den Partnerstädten Leipzigs,
- die Einrichtung einer im Kulturamt angesiedelten Anlaufstelle, bei der freie Kulturschaffende und Veranstalter von nicht-kommerziellen Kulturveranstaltungen unkompliziert und zentral die für ihre Tätigkeit nötigen Genehmigungen einholen können,
- die Einrichtung von sogenannten „Wall of fames“, legalen Wänden, an denen sich GraffitikünstlerInnen betätigen können.

4.4. Hochschulstandort von Format

Leipzig ist sowohl mit seinen acht akademischen Bildungsstätten als auch mit seinen zahlreichen Forschungseinrichtungen ein geachteter Wissenschaftsstandort mit langjährigen Traditionen. Das gilt insbesondere für die nunmehr 600-jährige Universität, die zweitälteste in ganz Deutschland. DIE LINKE unterstützt die Universität und alle anderen wissenschaftlichen Einrichtungen unserer Stadt in ihren Bemühungen, ihren Status als wichtige Stätten von Lehre und Forschung zu festigen und weiter auszubauen. Unsere Stadt muss dazu beitragen, die Rahmenbedingungen für den Lehr- und Wissenschaftsstandort Leipzig weiter auszugestalten und ein Feld für kreatives Wirken für die weit über 50.000 Lehrenden und Studierenden zu schaffen. Insbesondere wäre es wünschenswert, wenn möglichst viele Studierende ihren Lebensmittelpunkt für längere Zeit oder für immer in Leipzig finden würden. Besonderer Unterstützung bedarf das Studentenwerk, um noch besser in der Lage zu sein, die sozialen Rahmenbedingungen für Studierende zu verbessern. Das betrifft beispielsweise die Bereitstellung von Plätzen in Kindertagesstätten sowie soziale Hilfs- und Beratungsangebote.

Deshalb setzen wir uns ein für

- die nachhaltige Zusammenarbeit von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen zur Stärkung regionaler Wirtschaftsstrukturen,
- die Unterstützung bei Existenzgründungen von Absolventen durch die Stadtverwaltung,
- die stärkere Einbeziehung des vorhandenen wissenschaftlichen Potenzials in Fragen der Stadtentwicklung und Stadtpolitik,
- die Unterstützung internationaler Forschungs- und Lehrkontakte sowie die Integration ausländischer Studierender und Lehrender,
- den Erhalt und den Ausbau des Zuzugsbonus für Studierende anstelle einer Zweitwohnsitzsteuer,
- den langfristigen Erhalt eines attraktiven Semestertickets für alle Studierende,
- die Öffnung der Hochschulen als ergänzende Bildungseinrichtung für alle Leipziger Bürgerinnen und Bürger.

4.5. Sportliches Leipzig

Für den Sport in Leipzig haben sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten die Rahmenbedingungen vollständig geändert. Das traditionelle Bild von der Sportstadt Leipzig hat aktuell keine Gültigkeit mehr. Viele Widersprüche kennzeichnen die gegenwärtige Situation. Einerseits konnten durch den Neu- und Umbau moderner Wettkampfstätten (ARENA und Zentralstadion) und durch die im Rahmen des Sportprogramms 2005 durchgeführten Sanierungen von Sportstätten die Bedingungen sowohl für den Breiten- als auch für den Leistungssport verbessert werden. Andererseits wird die Entwicklung des Sports immer noch durch einen großen Sanierungsstau gehemmt. Ein wesentliches Element für die Sicherung, Entwicklung und Qualifizierung des Sports ist die Sportförderung. Die Vereine und Verbände müssen auf der Grundlage verlässlicher und bedarfsgerechter Sportfördermittelzuweisungen in die Lage versetzt werden, Sportmöglichkeiten „für alle“ unabhängig vom Einkommen und sozialer Stellung für Breiten- und Leistungssportler, für Kinder und Jugendliche, für Seniorinnen und Senioren, für Menschen mit Behinderungen zu erhalten bzw. zu schaffen.

Deshalb setzen wir uns ein für

- die konsequente Umsetzung des vom Stadtrat beschlossenen Sportentwicklungskonzeptes 2015 und des damit verbundenen Sportstättenentwicklungskonzeptes,
- die Durchführung eines kommunalen Sportgipfels zur Verständigung auf eine konzentrierte Förderung des Nachwuchsleistungssports,
- den Ausbau des Sanierungsprogramms zur Mängelbeseitigung in den Schulsporthallen und in den Sporthallen in Trägerschaft des Sportamtes, insbesondere die Sanierung der Sporthalle Brüderstraße als zentrale Spiel-Sportstätte,
- die Erarbeitung eines Hallen- und Freibäderkonzeptes ohne voreilige Schließungen,
- die Beibehaltung und den bedarfsweisen Ausbau der Hallenzeiten für Schwimmstunden der Leipziger Mittel- und Förderschulen sowie Gymnasien auch über das Schuljahr 2009/2010 hinaus,
- die Sanierung des Stadtbads und unterstützen die engagierte Arbeit der Förderstiftung Leipziger Stadtbad,
- den Erhalt der Radrennbahn, um dem Radsport in Leipzig eine Perspektive zu geben
- den Neubau von multifunktional nutzbaren Drei-Fach-Hallen in Stadtteilen, die mit Hallenflächen unterversorgt sind, wie z. B. der Leipziger Osten,
- den Bau einer Drei-Fach-Sporthalle für die Sportmittelschule im Komplex mit dem Neu- und Ausbau des Sportmuseums auf dem Gelände des alten Schwimmstadions,
- die weitere Verbesserung der Trainings- und Wettkampfbedingungen für die Leichtathletik auf der Nordanlage des Sportforums,
- eine Sportförderung, die sich an den steigenden Mitgliederzahlen in den Vereinen orientiert und Schwerpunkte im Bereich Kinder- und Jugendliche und speziell im Nachwuchsleistungssport setzt,
- die Verstärkung der Maßnahmen gegen Rassismus und Gewalt in den Sportvereinen und explizit in den Fußball-Fanfamilien.

4.6. Sicherheit durch Prävention

Leipzig ist im bundesweiten Vergleich der Kriminalitätsstatistik eine sichere Stadt. Dennoch fühlen sich vor allem ältere Menschen zunehmend von Raub, Vandalismus und Sachbeschädigung bedroht. Linke Ordnungs- und Sicherheitspolitik heißt in erster Linie Prävention. Die Ursachen von Gewalt und Straftaten müssen konsequenter bekämpft werden. Dies geht über ein verkürztes Sicherheitsdenken hinaus – ‚law and order‘ lehnen wir ab. Ausdrückliches Ziel linker Politik in Leipzig ist es, jeder Bürgerin und jedem Bürger die Teilhabe am öffentlichen Leben im Gefühl der persönlichen Sicherheit zu ermöglichen. Allerdings sind in der jüngsten Vergangenheit Gewaltentwicklungen offensichtlich, die ergänzender Strategien bedürfen. Grenzen für Toleranz müssen dort gezogen werden, wo Menschen psychisch oder physisch verletzt werden. Bei solchen Vergehen sind Sanktionen unerlässlich. Aus diesem Grund erwartet DIE LINKE von der sächsischen Staatsregierung, dass die Polizei in Leipzig in angemessener Weise personell ausgestattet wird, damit sie bürgernah agieren kann. Wir werden nicht länger zusehen, wie eine ausgedünnte Personaldecke und lebensfremde Strukturveränderungen wachsenden Anforderungen gerecht werden sollen. Letztendlich führt die Ausdünn-Politik zu einem verminderten Ansehen der Polizistinnen und Polizisten, was die Möglichkeiten und vor allem die Wirksamkeit präventiver Maßnahmen einschränkt.

Deshalb setzen wir uns ein für

- konsequente Sicherheitspartnerschaft durch gemeinsame Sicherheitsbegehungen in Leipziger Kleingartenanlagen zur Bekämpfung von Kriminalität,
- den Erhalt des Bürgerdienstes LE und seinen Einsatz im Rahmen dieser Sicherheitspartnerschaft,
- eine flächendeckende und umfassende Aufklärungs- und Präventionsarbeit an allen Schulen und Kindertageseinrichtungen,
- eine konsequente Beachtung des berechtigten Sicherheitsbedürfnisses älterer Menschen sowie seniorenrechter Gewaltprävention,
- ein breites Bündnis sowie ein klares Bekenntnis der Stadt gegen antidemokratische, ausländerfeindliche, antisemitische und rassistische Aktivitäten in Leipzig, die schnelle und effektive Beseitigung von illegalen Graffiti,

- die primäre Ausrichtung der Tätigkeit des Stadtordnungsdienstes an dem Ziel, Ordnung und Sicherheit zu wahren,
- die spürbare Ausweitung des Stadtordnungsdienstes auf die Verfolgung und Prävention von illegaler Vermüllung, insbesondere an den Stadträndern, in den Parks und Grünanlagen,
- die Aufwertung der Tätigkeit des Kriminalpräventiven Rates und die Legitimierung dieser Arbeit durch den Stadtrat.

* * *

Die von der LINKEN in diesem Wahlprogramm als für eine gedeihliche Entwicklung unserer Stadt in den nächsten fünf Jahren und darüber hinaus notwendig erachteten Maßnahmen und Veränderungen bedürfen unbedingt der finanziellen Absicherung im städtischen Haushalt. Auch in der Vergangenheit hat die Linksfraktion im Leipziger Stadtrat bei all ihren Forderungen zugleich immer vorgeschlagen, wie sie zu finanzieren sind. An diesem konsequenten Politikansatz halten wir fest. Denn es ist zu berücksichtigen, dass Leipzig wegen seiner unzureichenden Wirtschaftskraft und der daraus resultierenden sozialen Probleme auch zukünftig in hohem Maß von Finanztransfers abhängig bleibt. Bundes- sowie Landespolitik haben in den vergangenen Jahren eine solide und den wachsenden Aufgaben angemessene Ausstattung der kommunalen Finanzen bewusst vernachlässigt. Die bereits mehrfach angekündigte durchgreifende kommunale Finanzreform steht nach wie vor aus. Eine solche Politik schränkt die im Grundgesetz verankerte kommunale Selbstverwaltung erheblich ein. Überdies wurde Leipzig bei Finanzzuweisungen des Freistaates gegenüber der Landeshauptstadt wiederholt benachteiligt. Auch deshalb steht unsere Stadt vor dem besonders schwerwiegenden Problem, erforderliche Eigenmittel für Investitionen aufzubringen. Exemplarisch zeigt sich die Zwangslage am Investitionsstau bei Kindertagesstätten und Schulen. Der Probleberg wirkt sich zugleich negativ auf kommunale Investitionstätigkeit und die Auftragsvergabe an den einheimischen Mittelstand aus.

Deshalb setzt sich DIE LINKE für eine transparentere städtische Haushaltspolitik unter Mitwirkung der Bürgerschaft ein. Unabweisbar bleibt eine Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Insbesondere geht es um einen gerechten Soziallastenausgleich zwischen den sächsischen Landkreisen und den kreisfreien Städten. Bei alledem unterstützen wir den in Leipzig eingeschlagenen Konsolidierungskurs der städ-

tischen Finanzen. Dieser darf jedoch nicht zulasten sozial Benachteiligter, der Förderung sozialer Projekte sowie der Beschäftigten der Stadtverwaltung und kommunalen Eigenbetriebe gehen.

Liebe Leipzigerinnen und Leipziger,

das Wahlprogramm der LINKEN ist inhaltlich anspruchsvoll, realistisch und zeigt klare, aus- gewogene Perspektiven für alle Leipzigerinnen und Leipziger auf sämtlichen Feldern der Kommunalpolitik auf. Setzen Sie bei den Stadtrats- und Ortschaftsratswahlen am 7. Juni 2009 ein Zeichen gegen Sozialabbau, Entsolidarisierung und die weitere Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung. Wählen Sie eine gute Zukunft für Ihre Stadt und geben Sie Ihre Stimme der Partei DIE LINKE.

Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel.: 0341 14064411, Fax: 0341 14064418, web: www.dielinke-leipzig.de
Email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Dieses Kommunalwahlprogramm wurde am 21. Februar 2009 auf dem
Stadtparteitag DIE LINKE. Leipzig einstimmig beschlossen.

7. JUNI ~~⊗~~ ~~⊗~~ ~~⊗~~